Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

34. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 29. Dezember 1980	Nummer 78
---------------------	---	------------------

Glied- Nr.	Datum	Inhalt	Seite
231	12. 12. 1980	Verordnung über die Gutachterausschüsse für Grundstückswerte (Gutachterausschußverordnung – GAVO NW)	1088
301 312 2020	16. 12. 1980	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Gliederung und die Bezirke der ordentlichen Gerichte und des Landesrichtergesetzes	1092
75	16. 12. 1980	Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen zum Erlaß von Rechtsverordnungen nach dem Bundesberggesetz	1091
92	17. 12. 1980	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Bestimmung der zuständigen Behörden nach der Straßenverkehrs-Ordnung	1093
	17. 12. 1980	Verordnung über die Zuständigkeit der Amtsgerichte bei den zum 1. Januar 1981 eintretenden Änderungen von Amtsgerichtsbezirken	1094

231

**Verordnung
über die Gutachterausschüsse
für Grundstückswerte
(Gutachterausschlußverordnung - GAVO NW)
Vom 12. Dezember 1980**

Auf Grund des § 136 Abs. 4, des § 137 Abs. 1 Satz 2 und 3 und Abs. 2 Satz 2, des § 137 a, des § 141 Abs. 1 und des § 144 Abs. 2 des Bundesbaugesetzes (BBauG) wird verordnet:

Inhaltsübersicht

Teil I

Gutachterausschüsse

Abschnitt 1:

Bildung und Zusammensetzung
der Gutachterausschüsse

- § 1 Bildung der Gutachterausschüsse
- § 2 Bestellung der Gutachter
- § 3 Abberufung von Gutachtern und Niederlegung des Amtes

Abschnitt 2:

Aufgaben der Gutachterausschüsse
und ihrer Geschäftsstellen

- § 4 Erweiterung des Aufgabenbereichs
- § 5 Übertragung von Befugnissen
- § 6 Kaufpreissammlungen
- § 7 Bodenrichtwerte
- § 8 Übersichten über die Bodenrichtwerte
- § 9 Zusammenarbeit der Gutachterausschüsse
- § 10 Geschäftsstelle des Gutachterausschusses

Abschnitt 3:

Verfahren der Gutachterausschüsse

- § 11 Besetzung des Gutachterausschusses im Einzelfall
- § 12 Verfahrensgrundsätze
- § 13 Örtliche Zuständigkeit
- § 14 Geheimhaltung
- § 15 Entschädigung der ehrenamtlichen Gutachter
- § 16 Kosten des Gutachterausschusses

Teil II

Oberer Gutachterausschuß

- § 17 Bildung des Oberen Gutachterausschusses
- § 18 Mitglieder des Oberen Gutachterausschusses
- § 19 Geschäftsstelle des Oberen Gutachterausschusses
- § 20 Kosten des Oberen Gutachterausschusses
- § 21 Anwendung der Vorschriften über Gutachterausschüsse

Teil III

Übergangs- und Schlußvorschriften

- § 22 Bestehende Gutachterausschüsse
- § 23 Inkrafttreten

Teil I

Gutachterausschüsse

Abschnitt 1:

Bildung und Zusammensetzung
der Gutachterausschüsse

§ 1

Bildung der Gutachterausschüsse

(1) Für die Bereiche der Kreise, der kreisfreien Städte und der Großen kreisangehörigen Städte wird je ein Gutachterausschuß gebildet.

(2) Der Gutachterausschuß führt die Bezeichnung „Der Gutachterausschuß für Grundstückswerte im/in (Name der Gebietskörperschaft)“.

§ 2

Bestellung der Gutachter

(1) Der Regierungspräsident bestellt nach Anhörung der Gebietskörperschaft, für deren Bereich der Gutachterausschuß zu bilden ist, den Vorsitzenden, seine Stellvertreter und die ehrenamtlichen weiteren Gutachter zu Mitgliedern des Gutachterausschusses.

(2) Zum Vorsitzenden soll ein Bediensteter der Gebietskörperschaft bestellt werden, für deren Bereich der Gutachterausschuß gebildet ist.

(3) Für den Vorsitzenden des Gutachterausschusses sind Stellvertreter zu bestellen, von denen mindestens einer nicht der Verwaltung der Gebietskörperschaft angehören soll, für deren Bereich der Gutachterausschuß gebildet ist.

(4) Auf Vorschlag der Oberfinanzdirektion werden je ein Bediensteter der örtlich zuständigen Finanzämter mit besonderer Sachkunde für die steuerliche Bewertung als ehrenamtlicher Gutachter und je ein weiterer als stellvertretender ehrenamtlicher Gutachter bestellt. Diese Gutachter werden ausschließlich für die Tätigkeit des Gutachterausschusses nach § 11 Abs. 1 Satz 4 bestellt.

(5) Die ehrenamtlichen Gutachter des Gutachterausschusses dürfen nicht der Vertretung oder einem ihrer Ausschüsse, einer Bezirksvertretung oder der Verwaltung der Gebietskörperschaft angehören, für deren Bereich der Gutachterausschuß gebildet ist.

(6) Zum Mitglied des Gutachterausschusses darf nicht bestellt werden, wer nach § 21 der Verwaltungsgerichtsordnung vom Amt eines ehrenamtlichen Richters ausgeschlossen ist.

§ 3

Abberufung von Gutachtern
und Niederlegung des Amtes

(1) Der Regierungspräsident hat einen Gutachter abzurufen, wenn die Voraussetzungen für die Bestellung entfallen sind.

(2) Der Regierungspräsident kann einen Gutachter abberufen, wenn

- a) er gegen die Vorschriften des § 138 Abs. 3 BBauG verstoßen hat,
- b) er an einem Gutachten mitgewirkt hat, obwohl er von der Mitwirkung nach § 139 Abs. 4 BBauG ausgeschlossen war,
- c) ein anderer wichtiger Grund vorliegt.

(3) Ein Gutachter nach § 2 Abs. 4 ist außerdem vorzeitig abzurufen, wenn er nicht mehr bei dem örtlich zuständigen Finanzamt tätig oder nicht mehr für die Feststellung von Einheitswerten des Grundbesitzes zuständig ist.

(4) Die Amtszeit eines Gutachters endet vorzeitig ohne Abberufung, wenn er sein Amt niederlegt. Die Niederlegung ist schriftlich zu erklären.

Abschnitt 2:

Aufgaben der Gutachterausschüsse
und ihrer Geschäftsstellen

§ 4

Erweiterung des Aufgabenbereichs

(1) Neben den in § 136 BBauG aufgeführten Aufgaben werden dem Gutachterausschuß die in den Absätzen 2 bis 4 genannten weiteren Aufgaben übertragen.

(2) Der Gutachterausschuß hat über den Wert von unbebauten und bebauten Grundstücken sowie von Rechten an Grundstücken ein Gutachten zu erstatten, wenn ein Zugehöriger (§ 1363 ff BGB) es beantragt.

(3) Der Gutachterausschuß soll Gutachten erstatten über die Höhe anderer Vermögensnachteile bei städtebaulichen oder anderen öffentlichen Maßnahmen im Zusammenhang mit

- 1. dem freihändigen Grunderwerb oder gesetzlichen Bodenordnungsmaßnahmen in Verbindung mit einem Gutachten über den Grundstückswert,

2. der Aufhebung oder Beendigung von Miet- oder Pachtverhältnissen.

(4) Der Gutachterausschuß kann

1. Gutachten erstatten über Miet- oder Pachtwerte,
2. Mietwertübersichten erstellen.

(5) Antragsberechtigt für Gutachten nach Absatz 3 und nach Absatz 4 Nr. 1 sind die Berechtigten nach § 136 Abs. 1 BBauG. In den Fällen nach Absatz 3 Nr. 2 und Absatz 4 Nr. 1 ist außerdem der jeweilige Mieter oder Pächter antragsberechtigt.

§ 5

Übertragung von Befugnissen

Der Gutachterausschuß kann durch Beschluß mit der Mehrheit seiner Mitglieder auf den Vorsitzenden übertragen

1. die Entscheidung nach § 136 Abs. 5 Satz 2 BBauG,
2. die Wahrnehmung der Befugnisse des Gutachterausschusses nach § 140 Abs. 1 BBauG,
3. die Ausübung von Weisungsbefugnissen des Gutachterausschusses nach § 143 a Abs. 2 und 3 BBauG,
4. die Entscheidung über die Annahme von Anträgen nach § 4 Abs. 4,
5. die Entscheidung über die Herausgabe von Daten aus der Kaufpreissammlung nach § 14 Abs. 3.

§ 6

Kaufpreissammlungen

(1) Die Kaufpreissammlungen bestehen aus Kaufpreiskarte (kartenmäßiger Nachweis) und Kaufpreiskartei (beschreibender Nachweis). Als Grundlage dienen der Karten- und Buchnachweis des Liegenschaftskatasters und geeignete Landeskartenwerke.

(2) Die Kaufpreiskarte soll den Zuschnitt der Grundstücke erkennen lassen. In der Kaufpreiskarte sind die Rechtsvorgänge nach § 143 a Abs. 1 BBauG, soweit es sich um Eigentumswechsel an Grundstücken handelt, mit dem Zeitpunkt der Preisbestimmung, insbesondere des Vertragsabschlusses, einzutragen.

(3) In der Kaufpreiskartei werden Vertragsmerkmale, wertbeeinflussende Umstände, geeignete Ordnungsmerkmale und Objektgruppen der Rechtsvorgänge nach § 143 a Abs. 1 BBauG nachgewiesen. Die Entgelte sind auf die für die Objektgruppe geeigneten Vergleichsmaßstäbe zu beziehen.

(4) Für die Wertermittlung wesentliche Daten, insbesondere Mieten und Bewirtschaftungskosten, sind, soweit sie dem Gutachterausschuß oder seiner Geschäftsstelle bekannt werden, nach Weisung des Gutachterausschusses oder im Falle des § 5 Nr. 3 dessen Vorsitzenden von der Geschäftsstelle zu erfassen und ungeachtet einer Aufnahme in die Kaufpreissammlungen in besonderen Datensammlungen aufzunehmen.

§ 7

Bodenrichtwerte

(1) Der Gutachterausschuß hat Bodenrichtwerte für baureifes Land zu ermitteln und in Bodenrichtwertkarten einzutragen. Für Grundstücke eines anderen Entwicklungszustandes können Bodenrichtwerte ermittelt und eingetragen werden, wenn hierfür ausreichende Unterlagen zur Verfügung stehen. Für Zwecke der Einheitsbewertung des Grundbesitzes sind auch für andere Bereiche Bodenrichtwerte zu ermitteln und in Bodenrichtwertkarten einzutragen. Die Bodenrichtwerte sind auf den Quadratmeter Grundstücksfläche zu beziehen.

(2) Die Bodenrichtwerte sind für lagetypische Grundstücke zu ermitteln, deren maßgebliche wertbestimmenden Merkmale wie z. B. Entwicklungszustand, Erschließungszustand, Art und Maß der baulichen Nutzbarkeit sowie Zuschnitt hinreichend festgelegt sind (Richtwertgrundstücke).

(3) Für Bereiche, für die eine ausreichende Anzahl von Kaufpreisen nicht vorliegt, kann von der Ermittlung von

Bodenrichtwerten abgesehen werden, es sei denn, daß ihre Ermittlung für Zwecke der Einheitsbewertung des Grundbesitzes erforderlich ist.

(4) Bodenrichtwertkarten sind in den Gemeinden bis zum 30. Juni jedes Jahres für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen. Ort und Dauer der Auslegung sind ortsüblich bekanntzumachen. Auf das Recht, auch außerhalb dieser Zeit von der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses Auskunft über die Bodenrichtwerte zu verlangen (§ 143 b Abs. 5 BBauG), ist in der Bekanntmachung hinzuweisen.

§ 8

Übersichten über die Bodenrichtwerte

(1) Der Gutachterausschuß erstellt auf der Grundlage der nach § 7 ermittelten Bodenrichtwerte für die Gemeindegebiete oder -gebietsteile seines Zuständigkeitsbereichs gebietstypische Werte als Übersichten über die Bodenrichtwerte. Für baureifes Land sollen die Angaben nach Wohnbauflächen für Eigentumsmaßnahmen, Wohnbauflächen für den Geschoßwohnungsbau und gewerblichen Bauflächen gegliedert werden. Dabei soll nach guter, mittlerer und mäßiger Lage unterschieden werden. Die Werte sollen für erschließungsbeitragsfreie Grundstücke angegeben werden. Sind die Grundstücke überwiegend erschließungsbeitragspflichtig veräußert worden, so sollen außerdem die entsprechenden Werte für erschließungsbeitragspflichtige Grundstücke angegeben werden. Spannen dürfen nicht angegeben werden.

(2) Der Regierungspräsident stellt die Übersichten über die Bodenrichtwerte nach § 143 b Abs. 4 Satz 2 BBauG auf der Grundlage der Übersichten nach Absatz 1 zusammen und veröffentlicht diese.

§ 9

Zusammenarbeit der Gutachterausschüsse

Benachbarte Gutachterausschüsse, insbesondere die Gutachterausschüsse innerhalb eines Kreises, machen Kaufpreissammlungen und andere Wertermittlungsunterlagen, vor allem für die Ermittlung der Bodenrichtwerte, einander zugänglich, soweit dies zur Erfüllung der ihnen obliegenden Aufgaben erforderlich ist.

§ 10

Geschäftsstelle des Gutachterausschusses

(1) Die Aufgaben der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses obliegen der Gebietskörperschaft, für deren Bereich der Gutachterausschuß gebildet ist. Die Gebietskörperschaft stellt für die Geschäftsstelle des Gutachterausschusses Personal und Sachmittel im erforderlichen Umfang zur Verfügung.

(2) Der Geschäftsstelle des Gutachterausschusses obliegt nach Weisung des Gutachterausschusses oder im Falle des § 5 Nr. 3 dessen Vorsitzenden neben den Verwaltungsaufgaben insbesondere

1. die Einrichtung und Führung der Kaufpreissammlungen und ergänzender Datensammlungen,
2. die Ableitung und Fortschreibung der wesentlichen Daten für die Wertermittlung und
3. die Vorbereitung der Wertermittlungen (insbesondere Gutachten, Bodenrichtwerte, Übersichten über die Bodenrichtwerte, Grundwerte nach den §§ 3 und 4 der Verordnung über die Erhebung von Ausgleichsbeträgen nach den §§ 41 und 42 des Städtebauförderungsgesetzes - AusgleichsbetragV - vom 6. Februar 1976 - BGBl. I S. 273 -, Mietwertübersichten).

Abschnitt 3:

Verfahren der Gutachterausschüsse

§ 11

Besetzung des Gutachterausschusses im Einzelfall

(1) Der Gutachterausschuß wird bei der Erstattung von Gutachten in der Besetzung mit dem Vorsitzenden oder

einem Stellvertreter und zwei ehrenamtlichen weiteren Gutachtern tätig. In besonderen Fällen kann der Vorsitzende weitere ehrenamtliche Gutachter hinzuziehen. Bei der Ermittlung von Bodenrichtwerten und von Grundwerten, beim Beschluß wesentlicher Daten für die Wertermittlung gemäß § 143 a Abs. 3 BBauG, bei der Erstellung von Übersichten über die Bodenrichtwerte und bei der Erstellung von Mietwertübersichten wird der Gutachterausschuß in der Besetzung mit dem Vorsitzenden oder einem Stellvertreter und mindestens vier ehrenamtlichen weiteren Gutachtern tätig. Bei der Ermittlung von Bodenrichtwerten, bei der Erstellung von Übersichten über die Bodenrichtwerte und bei der Erstellung von Mietwertübersichten ist der nach § 2 Abs. 4 bestellte ehrenamtliche Gutachter heranzuziehen.

(2) Der Vorsitzende bestimmt die Gutachter, die im Einzelfall tätig werden. Die Gutachter haben den Vorsitzenden über Ausschließungsgründe nach § 139 Abs. 4 BBauG unverzüglich zu unterrichten.

§ 12

Verfahrensgrundsätze

(1) Der Vorsitzende beruft den Gutachterausschuß ein und leitet die Sitzungen.

(2) Der Gutachterausschuß berät und beschließt in nichtöffentlicher Sitzung. Er beschließt mit Stimmenmehrheit; abweichende Auffassungen von Mitgliedern des Gutachterausschusses sind auf Verlangen aktenkundig zu machen. Die Gutachten sind so zu begründen, daß die Erwägungen, auf denen die vorgenommene Wertermittlung beruht, zum Ausdruck kommen.

(3) Das Gutachten ist von den mitwirkenden Gutachtern zu unterzeichnen.

(4) Der jeweils tätig gewordene Vorsitzende des Gutachterausschusses vertritt den Gutachterausschuß bei mündlichen Erläuterungen der Gutachten vor Behörden und Gerichten. Im Falle seiner Verhinderung bestimmt der Vorsitzende einen Vertreter.

§ 13

Örtliche Zuständigkeit

Örtlich zuständig ist der Gutachterausschuß, in dessen Bereich der Gegenstand der Wertermittlung liegt. Liegt der Gegenstand der Wertermittlung im Bereich mehrerer Gutachterausschüsse, so ist der Gutachterausschuß zuständig, in dessen Bereich der größere Teil liegt.

§ 14

Geheimhaltung

(1) Die dem Gutachterausschuß übersandten Abschriften der Verträge und Beschlüsse sind einschließlich ergänzender Angaben geheimzuhalten. Sie sind so aufzubewahren, daß sie nur von den Mitgliedern des Gutachterausschusses und den Bediensteten der Geschäftsstelle eingesehen werden können. Es ist sicherzustellen, daß sie nicht verlorengehen oder unbefugt entfernt werden können. Dies gilt auch für die Kaufpreissammlungen.

(2) Daten aus den Kaufpreissammlungen dürfen in Gutachten angegeben werden, soweit es zu deren Begründung erforderlich ist.

(3) Im Einzelfall kann die Geschäftsstelle auf Weisung des Gutachterausschusses oder im Falle des § 5 Nr. 5 dessen Vorsitzenden Sachverständigen einzelne nicht personenbezogene Daten aus den Kaufpreissammlungen zur Begründung von Wertermittlungen, insbesondere in Verwaltungsverfahren oder gerichtlichen Verfahren, mitteilen.

§ 15

Entschädigung der ehrenamtlichen Gutachter

Die ehrenamtlichen Gutachter haben Anspruch auf eine Entschädigung wie Sachverständige entsprechend dem Gesetz über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1969 (BGBl. I S. 1756), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. November 1979 (BGBl. I S. 1953). Die Entschädigung wird von der Geschäftsstelle festgesetzt.

§ 16

Kosten des Gutachterausschusses

(1) Die Kosten des Gutachterausschusses trägt die Gebietskörperschaft, für deren Bereich der Gutachterausschuß gebildet ist.

(2) Gebühren und Auslagen für die Tätigkeit des Gutachterausschusses stehen dem Kostenträger zu; sie werden von der Geschäftsstelle festgesetzt.

Teil II

Oberer Gutachterausschuß

§ 17

Bildung des Oberen Gutachterausschusses

(1) Für den Bereich des Landes Nordrhein-Westfalen wird ein Oberer Gutachterausschuß gebildet. Der Obere Gutachterausschuß führt die Bezeichnung „Der Obere Gutachterausschuß für Grundstückswerte im Land Nordrhein-Westfalen“.

(2) Der Obere Gutachterausschuß kann durch Beschluß mit der Mehrheit seiner Mitglieder Weisungsbefugnisse und die Wahrnehmung der Befugnisse nach § 140 Abs. 1 BBauG auf den Vorsitzenden übertragen.

§ 18

Mitglieder des Oberen Gutachterausschusses

(1) Der Innenminister bestellt die Mitglieder des Oberen Gutachterausschusses. Diese sollen Mitglieder eines Gutachterausschusses sein. Der Vorsitzende soll Bediensteter des Landes oder einer Gebietskörperschaft im Lande sein. Zu weiteren Gutachtern können auch Bedienstete des Landes bestellt werden.

(2) Ein Gutachter des Oberen Gutachterausschusses ist von der Mitwirkung an einem Obergutachten ausgeschlossen, wenn er an dem Gutachten des örtlich zuständigen Gutachterausschusses mitgewirkt hat.

§ 19

Geschäftsstelle des Oberen Gutachterausschusses

(1) Die Geschäftsstelle des Oberen Gutachterausschusses wird beim Regierungspräsidenten Düsseldorf eingerichtet.

(2) Der Geschäftsstelle des Oberen Gutachterausschusses obliegt neben den Verwaltungsaufgaben insbesondere die Vorbereitung der Obergutachten nach Weisung des Oberen Gutachterausschusses oder im Falle des § 17 Abs. 2 dessen Vorsitzenden. Die Geschäftsstelle des örtlich zuständigen Gutachterausschusses wirkt nach Weisung des Oberen Gutachterausschusses oder im Falle des § 17 Abs. 2 dessen Vorsitzenden bei der Vorbereitung des Obergutachtens mit.

(3) Die Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse sind verpflichtet, dem Oberen Gutachterausschuß auf Anforderung alle in Betracht kommenden Unterlagen vorzulegen.

§ 20

Kosten des Oberen Gutachterausschusses

Die Kosten des Oberen Gutachterausschusses und seiner Geschäftsstelle trägt das Land. § 16 Abs. 2 gilt entsprechend.

§ 21

Anwendung der Vorschriften über Gutachterausschüsse

Soweit sich aus den §§ 17 bis 20 nichts anderes ergibt, sind die Vorschriften des Teils I entsprechend anzuwenden.

Teil III
Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 22

Bestehende Gutachterausschüsse

Die Bestellung eines nach den bisher geltenden Vorschriften gebildeten Gutachterausschusses endet, sobald und soweit für seinen Zuständigkeitsbereich Gutachterausschüsse nach § 1 Abs. 1 gebildet sind.

§ 23

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1981 in Kraft. Gleichzeitig treten außer Kraft:

1. der Vierte Abschnitt der Ersten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 29. November 1960 (GV. NW. S. 433), zuletzt geändert durch Verordnung vom 25. September 1979 (GV. NW. S. 648),
2. die Verordnung über Richtwerte von Grundstücken (RichtwertVO) vom 23. Juli 1963 (GV. NW. S. 254),
3. die Verordnung über den Fortbestand von Gutachterausschüssen für Grundstückswerte vom 20. Juni 1978 (GV. NW. S. 252).

Düsseldorf, den 12. Dezember 1980

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident
(L.S.) Johannes Rau

Der Innenminister
Dr. Schnoor

– GV. NW. 1980 S. 1088.

75

Verordnung
zur Übertragung von Ermächtigungen
zum Erlaß von Rechtsverordnungen
nach dem Bundesberggesetz
Vom 16. Dezember 1980

Aufgrund des § 32 Abs. 3 und des § 68 Abs. 1 Satz 2 des Bundesberggesetzes vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1310) wird verordnet:

§ 1

(1) Die Ermächtigung zum Erlaß von Rechtsverordnungen nach § 32 Abs. 1 und 2 des Bundesberggesetzes wird dem Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr übertragen.

(2) Die Ermächtigung zum Erlaß von Bergverordnungen nach § 68 Abs. 1 Satz 1 des Bundesberggesetzes wird dem Landesoberbergamt übertragen. Vor dem Erlaß von Bergverordnungen, die den Schutz des Lebens und der Gesundheit der Beschäftigten betreffen, ist die zuständige Berufsgenossenschaft zu beteiligen. Die Bergverordnungen sind im Amtsblatt des Regierungspräsidenten zu verkünden, in dessen Bezirk sie gelten sollen.

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 16. Dezember 1980

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident
(L.S.) Johannes Rau

Der Minister
für Wissenschaft, Mittelstand und Verkehr
Jochimsen

– GV. NW. 1980 S. 1091.

**Gesetz
zur Änderung des Gesetzes über die Gliederung
und die Bezirke der ordentlichen Gerichte
und des Landesrichtergesetzes
Vom 16. Dezember 1980**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Artikel I

Die Bezirke der Amtsgerichte Essen, Gelsenkirchen, Gelsenkirchen-Buer und Gladbeck werden wie folgt geändert:

1. Unter Abtrennung von dem Bezirk des Amtsgerichts Gelsenkirchen werden die Flurstücke
Gemarkung Heßler
Flur 1 Nrn. 15 bis 18, 20, 174, 242, 244, 247, 253, 254, 283
bis 289 und 292
dem Bezirk des Amtsgerichts Essen zugeteilt.
2. Unter Abtrennung von dem Bezirk des Amtsgerichts Essen werden die Flurstücke
Gemarkung Altenessen
Flur 4 Nrn. 72, 73, 92, 300 bis 311, 331, 332, 363, 366, 367
und 370,
Flur 5 Nr. 154
dem Bezirk des Amtsgerichts Gelsenkirchen zugeteilt.
3. Unter Abtrennung von dem Bezirk des Amtsgerichts Gladbeck werden die Flurstücke
Gemarkung Gladbeck
Flur 39 Nrn. 96, 97, 384 und 385,
Flur 48 Nrn. 55 bis 73, 320 bis 328, 330 bis 337, 380 bis
385, 473 und 635,
Flur 49 Nrn. 209, 210, 233, 417, 418, 439 und 440,
Flur 50 Nrn. 38, 39, 91, 92, 96 und 97,
Flur 51 Nrn. 103, 105, 168, 169, 180, 182, 183, 188 und 189,
Flur 52 Nrn. 29, 30, 32, 33, 34, 37, 38, 41 bis 45, 132, 142,
144, 220, 221, 222, 225, 389, 390, 420, 421, 443,
446, 452 und 453,
Flur 53 Nr. 111
dem Bezirk des Amtsgerichts Gelsenkirchen-Buer zugeteilt.
4. Unter Abtrennung von dem Bezirk des Amtsgerichts Gelsenkirchen-Buer werden die Flurstücke
Gemarkung Buer
Flur 100 Nr. 151,
Flur 101 Nrn. 52 und 370,
Flur 102 Nrn. 46, 48, 49, 52 bis 55, 140, 141, 155 und 156,
Flur 103 Nrn. 328 bis 359, 460, 469, 470, 471, 514, 515, 521,
536, 537 und 538,
Flur 110 Nrn. 13 und 64,
Flur 111 Nr. 65,
Flur 120 Nrn. 57, 97 bis 110, 113, 114, 116 bis 124, 130,
165, 178, 180, 183, 185 und 186;
Gemarkung Horst
Flur 1 Nrn. 7 und 23,
Flur 14 Nrn. 42, 275 bis 287, 301 und 302
dem Bezirk des Amtsgerichts Gladbeck zugeteilt.

Artikel II

Für die Abgrenzung der Amtsgerichtsbezirke innerhalb der Stadt Essen sind die Grenzen maßgebend, die sich für die Stadtteile aus der Anlage zu § 2 der Hauptsatzung der Stadt Essen vom 20. Juni 1977 (Amtsblatt der Stadt Essen Seite 133), geändert durch Satzung vom 19. September 1979 (Amtsblatt der Stadt Essen Seite 292), in Verbindung mit dem Beschluß des Rates der Stadt Essen vom 31. Januar 1979 (Amtsblatt der Stadt Essen Seite 294) ergeben.

Artikel III

Das Gesetz über die Gliederung und die Bezirke der ordentlichen Gerichte vom 7. November 1961 (GV. NW. S. 331), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Juli 1978 (GV. NW. S. 307), wird wie folgt geändert:

1. § 4 erhält folgende Fassung:
„Die Bezirke der Amtsgerichte umfassen die in der Anlage aufgeführten Gemeinden und Gemeindeteile.“
2. Folgender neuer § 5 wird eingefügt:
„§ 5
(1) Gemeinden, die mit ihrem ganzen Gebiet einheitlich einem Amtsgericht zugeteilt sind, gehören dem Bezirk dieses Gerichts mit ihrem jeweiligen Gebietsumfang an.
(2) Der Justizminister wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Gerichtsbezirksgrenzen den veränderten Gemeindegrenzen anzupassen, wenn die Grenzen von Gemeinden, die in mehrere Amtsgerichtsbezirke unterteilt sind, nach § 16 Abs. 3 Satz 2 der Gemeindeordnung durch den Innenminister oder durch den Regierungspräsidenten geändert werden.“
3. Die bisherigen §§ 4 a, 5 und 6 werden §§ 6, 7 und 8.

Artikel IV

§ 25 Abs. 2 des Richtergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesrichtergesetz - LRiG) vom 29. März 1966 (GV. NW. S. 217), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Januar 1980 (GV. NW. S. 2), erhält folgende Fassung:

„(2) Der Vorsitz wechselt unter den Präsidenten der Finanzgerichte Düsseldorf, Köln und Münster jährlich in dieser Reihenfolge.“

Artikel V

§ 22 Abs. 5 des Gesetzes zur Neugliederung der Gemeinden und Kreise des Neugliederungsraumes Ruhrgebiet vom 9. Juli 1974 (GV. NW. S. 256), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. September 1979 (GV. NW. S. 552), wird aufgehoben.

Artikel VI

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1981 in Kraft.

Düsseldorf, den 16. Dezember 1980

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

(L. S.) Der Ministerpräsident
Johannes Rau

Der Justizminister
Donnepp

**Verordnung
zur Änderung der Verordnung über die
Bestimmung der zuständigen Behörden
nach der Straßenverkehrs-Ordnung
Vom 17. Dezember 1980**

Artikel I

Die Verordnung über die Bestimmung der zuständigen Behörden nach der Straßenverkehrs-Ordnung vom 9. Januar 1973 (GV. NW. S. 24), geändert durch Verordnung vom 16. November 1979 (GV. NW. S. 875), wird wie folgt geändert:

1. In § 3 Abs. 1 werden die Wörter „mit Wirkung vom 1. Januar 1981“ gestrichen.

2. Nach § 3 wird folgender neuer § 4 eingefügt:

„§ 4

Für Maßnahmen zur Einhaltung des § 32 StVO in Mittleren und Großen kreisangehörigen Städten sind die örtlichen Ordnungsbehörden dieser Städte zuständig.“

3. Die bisherigen §§ 4 bis 7 werden §§ 5 bis 8.

4. In § 6 Abs. 1 werden die Wörter „mit Wirkung vom 1. Januar 1981“ gestrichen.

5. § 7 erhält folgende Fassung:

„§ 7

(1) Für die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen nach § 46 Abs. 1 StVO sind die örtlichen Ordnungsbehörden der Mittleren und Großen kreisangehörigen Städte zuständig, wenn das für die Zuständigkeit nach § 47 Abs. 2 StVO maßgebende Ereignis oder Merkmal in ihrem Bezirk liegt. Daneben sind für die Genehmigung von Ausnahmen nach § 46 Abs. 1 Nr. 5 StVO die Kreisordnungsbehörden zuständig, wenn sich die Ausnahmegenehmigung auf Beförderungen bezieht, die nach § 29 Abs. 3 StVO erlaubnispflichtig sind.

(2) Für die Genehmigung von Ausnahmen nach § 46 Abs. 2 Satz 1 StVO von den Vorschriften des § 21 Abs. 1, 2 und 3 und des § 22 Abs. 5 StVO sind die Kreisordnungsbehörden zuständig, in deren Bezirk der Antragsteller seinen Wohnort oder seinen Sitz hat. Hat der Antragsteller seinen Wohnort oder seinen Sitz in einer Mittleren oder Großen kreisangehörigen Stadt, so ist anstelle der Kreisordnungsbehörde die örtliche Ordnungsbehörde dieser Stadt zuständig.

(3) Im übrigen sind für die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen nach § 46 Abs. 2 Satz 1 StVO die Regierungspräsidenten zuständig. Örtlich zuständig ist der Regierungspräsident, in dessen Bezirk der Antragsteller seinen Wohnort oder seinen Sitz hat.“

Artikel II

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1981 in Kraft.

Diese Verordnung wird erlassen

1. von der Landesregierung aufgrund des § 5 Abs. 3 Satz 1 des Landesorganisationsgesetzes vom 10. Juli 1962 (GV. NW. S. 421), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. November 1979 (GV. NW. S. 964), nach Anhörung des Verkehrsausschusses des Landtags,
2. vom Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr aufgrund des § 46 Abs. 2 Satz 1 der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) vom 16. November 1970 (BGBl. I S. 1565), zuletzt geändert durch Verordnung vom 21. Juli 1980 (BGBl. I S. 1060).

Düsseldorf, den 17. Dezember 1980

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident
(L. S.) Johannes Rau

Der Minister
für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr
Jochimsen

**Verordnung
über die Zuständigkeit der Amtsgerichte
bei den zum 1. Januar 1981 eintretenden
Änderungen von Amtsgerichtsbezirken
Vom 17. Dezember 1980**

Aufgrund des Artikels 1 § 7 und des Artikels 2 des Gesetzes über die Zuständigkeit der Gerichte bei Änderungen der Gerichtseinteilung vom 6. Dezember 1933 (BGBl. III 300 - 4), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5. Oktober 1978 (BGBl. I S. 1645), wird verordnet:

§ 1

(1) In allen Fällen, in denen

1. nach den Artikeln I und II des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Gliederung und die Bezirke der ordentlichen Gerichte und des Landesrichtergesetzes vom 16. Dezember 1980 (GV. NW. S. 1092)

und

2. als Folge der Gebietsänderungsverfügung des Regierungspräsidenten Düsseldorf über Gebietsänderungen zwischen den Städten Ratingen und Mülheim a. d. Ruhr vom 19. November 1979/3. Dezember 1980 (31.11.01 - II)

mit Wirkung vom 1. Januar 1981 Gebietsteile aus dem Bezirk eines Amtsgerichts einem anderen Amtsgericht zugeteilt werden, gehen die im Zeitpunkt der Umgliederung bei dem abgebenden Amtsgericht anhängigen Familiensachen sowie die dort noch nicht erledigten Geschäfte der freiwilligen Gerichtsbarkeit und der den Gerichten sonst zugewiesenen, in Artikel 1 des Gesetzes über die Zuständigkeit der Gerichte bei Änderungen der Gerichtseinteilung nicht erfaßten Aufgaben insoweit auf das andere Amtsgericht über, als dieses zuständig sein würde, wenn die Angelegenheit erst nach dem 1. Januar 1981 anhängig geworden wäre.

(2) Für die Verfügungen von Todes wegen, die sich in der besonderen amtlichen Verwahrung des abgebenden Gerichts befinden, sowie für das Schriftgut von Notaren, das sich nach § 51 Abs. 1 der Bundesnotarordnung in der Verwahrung des abgebenden Gerichts befindet, bleibt dieses Gericht jedoch weiterhin zuständig. Rechtsvorschriften, die auf Antrag eines Beteiligten eine andere Regelung zulassen, sowie die Befugnisse des Präsidenten des Oberlandesgerichts nach § 51 Abs. 1 Satz 2 der Bundesnotarordnung bleiben unberührt.

§ 2

(1) Ist der Eintritt von Rechtswirkungen in Angelegenheiten, für die die Zuständigkeit nach § 1 Abs. 1 auf ein anderes Gericht übergeht, davon abhängig, daß ein Antrag oder eine Erklärung innerhalb einer bestimmten Frist bei Gericht eingereicht wird, so gilt die Frist als gewahrt, wenn der Antrag oder die Erklärung vor Fristablauf bei dem bisher zuständigen Gericht eingeht. Dieses hat die Sache an das nunmehr zuständige Gericht abzugeben.

(2) Absatz 1 tritt mit Ablauf des 31. Dezember 1981 außer Kraft.

§ 3

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1981 in Kraft.

Düsseldorf, den 17. Dezember 1980

Der Justizminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
Inge Donnepp

- GV. NW. 1980 S. 1094.

Einzelpreis dieser Nummer 1,30 DM

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den August Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Am Wehrhahn 100, Tel. (0211) 360301 (8.00-12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1

Bezugspreis halbjährlich 34,40 DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 68,80 DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim Verlag vorliegen.

Die genannten Preise enthalten 6,5% Mehrwertsteuer

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 688 82 93/294, 4000 Düsseldorf 1

Einzellieferungen gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. **Versandkosten** (je nach Gewicht des Blattes), mindestens jedoch DM 0,80 auf das Postscheckkonto Köln 8516-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 4000 Düsseldorf 1
Verlag und Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf, Am Wehrhahn 100
Druck: A. Bagel, Graphischer Großbetrieb, 4000 Düsseldorf

ISSN 0340-661 X